



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

W., K.: Zur Lage in Baiern.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der jetzige preußische Staat wäre naturgemäß in 19 Provinzen zu theilen. Wir fangen im Südosten an. 1) Schlesien, aber mit Abtrennung der Lausitz von 1 Million Einwohner. Die Provinz ist dann immer noch sehr groß, was aber gerechtfertigt ist durch die sociale Centralisirung Ober- und Niederschlesiens in Breslau. Der Regierungsbezirk Oppeln ist aufzuheben. 2) Lausitz, gebildet aus den Regierungsbezirken Liegnitz und Frankfurt a. O. welcher letztere von der Provinz Brandenburg abzutrennen; Sitz der Provinzbehörden in Frankfurt a. O. 3) Berlin, zu bilden in der schon oben erwähnten Weise. 4) Brandenburg, Sitz der Provinzialbehörden in Brandenburg, nachdem Potsdam zur Provinz Berlin geschlagen. 5) Posen, unverändert mit Aufhebung von Bromberg. 6) Ostpreußen, Sitz in Königsberg. 7) Westpreußen, Sitz in Danzig. 8) Ostpommern, Sitz in Köslin. 9) Westpommern, Sitz in Stettin. 10) Magdeburg, Sitz in Magdeburg. 11) Thüringen, Sitz in Erfurt; Regierungsbezirk Merseburg zwischen Magdeburg, Brandenburg und Thüringen getheilt. 12) Schleswig-Holstein. 13) Niedersachsen, Sitz in Hannover. 14) Ostfriesland, vergrößert durch den Regierungsbezirk Minden und durch Kreise des Regierungsbezirks Münster; Sitz in Osnabrück. 15) Westfalen, Sitz in Münster oder in Arensburg. 16) Rheinsachsen, das rechte Rheinufer von Emmerich bis Koblenz; Sitz in Düsseldorf. 17) Niederrhein, das linke Rheinufer von Cleve bis Koblenz; Sitz in Köln oder Aachen. 18) Rheinfranken, aus den Regierungsbezirken Trier und Nassau; Sitz in Koblenz. 19) Hessen, Sitz in Kassel.

Man erkennt sogleich die naturgemäße Gliederung gegenüber der jetzigen Künstlichkeit. Daß eine rationelle Organisation der Mittelinstanz erst nach der Aufhebung ihrer jetzigen Zerreißung, also nach Beseitigung der Regierungsbezirke möglich ist, sollte ebenfalls einleuchten. Auf diese Organisation gehen wir später ein. —

Die Verhandlungen der Abgeordneten in der vergangenen Woche sparen wir dem nächsten Briefe auf. C—r.

Zur Lage in Baiern.

Aus tiefer Ueberzeugung hat die Mehrheit des deutschen Volkes vom Beginne der Neugestaltung Deutschlands an dem Grundgedanken der deutschen Politik des Fürsten Bismarck beigepflichtet, daß es rätlicher sei, sich jeweilig mit Erreichbarem zu begnügen, als die Erlangung des ersehnten Mehr in eine ungewisse Zukunft zu verschieben. Diese Anschauung hat sich noch in allen

Fällen als die richtige erwiesen. Deutschland ertrug nach 1866 die an sich stets verabscheut gewesene Mainlinie bis die Zeit der näheren Verbindung mit dem Süden erfüllt war. Auf Badens Eintritt in den norddeutschen Bund wurde nicht eingegangen und der Rest des Südens ist „nicht sauer“ geworden. So ward auch im deutschen Heerlager zu Versailles Baierns Beitritt zum Reiche trotz aller seiner Reservatrechte angenommen, so unbegründet deren Geltendmachung dem deutschen Vaterlandsfreund grade nach den Ereignissen von 1870 auch erscheinen mußte. Die Grundanschauung des Leiters der deutschen Politik war eben offenbar die, daß die innere Macht der sich entwickelnden Verhältnisse schon von selbst allmächtig und mit einer gewissen Naturnothwendigkeit für die Herstellung der noch nicht vollständigen Harmonie in den deutschen Angelegenheiten Sorge tragen werde.

In der That hat Baierns Stellung zum Reiche sich in dieser Richtung entwickelt. Es hat der Befestigung des Reichs und seiner Einrichtungen seit 1870 keine wesentlichen Hindernisse bereitet; eine Ausübung seiner Reservatrechte hat da, wo sie dem Reiche hätte störend fallen können, bisher nicht stattgefunden, wie wir noch unlängst anlässlich einer Anfrage Jörg's im Reichstage vom Reichskanzler bestätigen hörten. Wenn aus Baierns abnormer Lage Nachteile entstanden, so sind sie höchstens für Baiern selbst erwachsen; grade die Belassung der gewünschten Ausnahmestellung dürfte deren Nichtberechtigung nur klarer haben hervortreten lassen. In wesentlichen Punkten aber hat Baiern durch enge Anlehnung an das Reich innere Verhältnisse mit Erfolg zu verbessern gesucht: Baiern that den ersten Schritt zum Reichsgesetz über die Jesuiten und bemühte sich noch vor Kurzem, das Reichsgesetz über die Civilehe zu fördern.

An König Ludwig's deutschem Sinne konnte nach dem Juli 1870 nicht mehr gezweifelt werden; als die Hauptfrage erscheint nur die, inwieweit die Bevölkerung Baierns, partikulare Rücksichten hintanstellend, in der Hinnegung zum Reiche fortgeschritten ist. Der gemeinsame Kampf gegen Frankreich hatte die Augen geöffnet für die ersprießlichen Verhältnisse des Reichs. Ein entscheidender, nachhaltiger Umschwung war damit noch nicht eingetreten, aber die Frage war in große Gährung gekommen. Wie sehr, das beginnt sich anlässlich der bevorstehenden Neuwahlen zur Abgeordnetenkammer und in der Entwicklung derjenigen Partei zu zeigen, deren Einfluß bisher maßgebend war.

Die Abgeordnetenversammlung des am 15. d. M. zum letzten Male zusammengetretenen Landtags wurde bereits am 25. November 1869 gewählt. Wie haben sich die hierbei maßgebend gewesenen Verhältnisse in den 5 Jahren geändert! Wenn damals von 154 Mandaten 83 an Mitglieder der sog. Patriotenpartei vergeben wurden, so war die Meinung bestimmend, daß es vor Allem darauf ankomme, einem Umsichgreifen des „preussischen Einheitsstaats“

entgegenzutreten. Jene Partei stürzte im März 1870 den Fürsten Hohenlohe und blieb auch unter dessen Nachfolger Grafen Bray noch maßgebend; vom Augenblicke an, wo die äußere Gefahr herannahte, begann aber ihre Zersetzung, welche seitdem unter ständiger Einwirkung der Alternative: Anlehnung an das Ausland oder aufrichtiges Zusammengehen mit dem Norden weiter um sich griff. Es zeigte sich dieser Zerfall bereits, als im Mai 1870 Lukas und Bucher aus der Partei schieden, weil der in derselben bis dahin maßgebende Jörg ihnen nicht weit genug ging und gleichzeitig Pfarrer Mahr vom Club ausgeschlossen wurde, weil er sich der Jörg'schen Disciplin nicht fügen wollte. Beim Beschluß in betreff der Kriegsfrage von 1870 sowie später hinsichtlich der Versailler Verträge schrumpften die Extremen auf 47 zusammen.

Welchen Boden die Patrioten durch die Ereignisse von 1870 verloren hatten, trat bei den Reichstagswahlen vom 3. März 1871 hervor, von denen 30 auf Liberale und 18 auf Clerikale fielen. Da kam den Patrioten die Theilnahme der bayerischen Staatsregierung am Kampfe gegen Rom zu Hülfe. In der Bevölkerung verstanden sie es, diesen für ihre Sache auszunutzen, nicht aber im Rathe der Krone. Hier wurde vielmehr mittelst Graf Bray's Ersetzung durch Graf Hegnenberg-Dux (21. Aug. 1871) eine größere Entschiedenheit sowohl im Kampfe gegen die Clerikalen als auch in der Anlehnung an das Reich herbeigeführt. Zwar unternahmen die Patrioten in der Session von 1872 nach beiden Richtungen hin heftige Sturmangriffe gegen das Ministerium, sie besaßen aber nun auch ständig schon nicht mehr die Mehrheit der Stimmen. Der erste dieser Angriffe (27. Jan.) bezüglich einer Verfassungsverletzung, welche der Cultusminister v. Luz durch Nichtentfernung des excommunicirten Pfarrers Kenstle von Mering begangen haben sollte, wurde freilich nur mit 72 gegen 72 Stimmen abgeschlagen, allein der Schüttinger'sche Antrag bezüglich der Reservatrechte (9. Febr.) und der Freytag'sche wegen Aufhebung von Gesandtschaften mit größerer Mehrheit. Hegnenberg's Tod (2. Juni 1872) verschaffte den Patrioten eine Gelegenheit, die Bildung eines Ministeriums zu versuchen, allein ein Ministerium v. Gasser scheiterte bereits an der Einsicht der betreffenden Parteigenossen, daß eine Art von Kriegserklärung gegen das Reich unmöglich sei.

In der vom 4. Nov. 1873 eröffneten Session verloren die Patrioten sogar den bisher in ihren Händen befindlich gewesenen Vorsitz der Kammer. Die Wahl des liberalen Abg. v. Stauffenberg wurde dadurch herbeigeführt, daß 6 Patrioten von der Partei abstelen, weil sie nach Ueberzeugung stimmen und nicht sich terrorisiren lassen wollten. Diese „freie Vereinigung“ führte dann (8. Nov.) u. A. auch — mit 77 gegen 74 Stimmen — die Entscheidung für Böll's Antrag zu Gunsten der Ausdehnung der Reichscompetenz auf das gesammte bürgerliche Recht herbei.

Nun begannen die Wehklagen der Patrioten. Sie sahen ihre Sache verloren, wenn es so fort gehe. Sie entfalteten die größte Anstrengung bei den Reichstagswahlen vom 10. Jan. 1874 und erlangten dabei in der That wieder zwei Drittel der Mandate. Die directen Wahlen und die Hülfe des Clerus erklären dies. Ermuntert durch den Erfolg, erhoben in der im Mai v. J. wieder eröffneten Session Führer, wie Kräker und Jörg den Ruf nach Auflösung der Kammer und Neuwahlen, von denen sie die Ausschließung der Abtrünnigen erhofften. Gegen diese entlud sich dann, als die Regierung darauf nicht einging, der ganze Zorn der Extremen. Am 25. Juni sollte dem Minister v. Luz durch Versagung der Mittel für die Kunstakademie zu München ein großes Mißtrauensvotum zu Theil werden, aber Eder und Genossen erklärten, sie hielten sich an diesen Beschluß ihrer Partei nur soweit gebunden, als dieser ihrem Abgeordneteneide nicht widerspreche, denn sie hätten geschworen, vor Allem die Landesverfassung zu achten. Das war ein schwerer Schlag für die Extremen. Dieselben unternahmen dann, wie zum Zeichen ungebrochenen Muthes, am 6. Juli noch einem starken Anlauf gegen das Reich, indem sie durch Ablehnung der außerordentlichen Bedürfnisse des Heeres eine Collision mit jenem schienen herbeiführen zu wollen; in der That aber besaßen sie nicht diesen Muth, denn trotz hitziger Debatten erfolgte die Bewilligung mit großer Mehrheit. Sie wollten aber wenigstens zeigen, was sie hätten thun können und lehnten jene Forderung über 1875 hinaus, ab.

Von der jetzigen Kammer hoffen die Extremen nichts mehr. Die Sturmangriffe, welche sie in derselben vorhaben, sollen nur der Bewegung für die Neuwahlen dienen. Auf diese sind alle ihre Anstrengungen gerichtet. Möglich, daß sie dabei nochmals die Mehrheit erringen, zumal die Liberalen, abgesehen von der nicht in Betracht kommenden Volkspartei, welche sich am 28. Juni v. J. auf einer Versammlung zu Ingolstadt bildete, auch jetzt noch nicht die wünschenswerthe Energie entfalten zu können scheinen; allein im Schoße der Extremen werden starke Zweifel an dem Gelingen ihrer Sache gehegt.

Von offenbar sehr sachkundiger Seite wird dies in Leitartikeln der ultramontanen „Deutschen Reichs-Zeitung“ zu Bonn vom 4., 5. und 6. Febr. ausführlich entwickelt. Aehnlich wie im vorigen Sommer in Sachsen von conservativer Seite, so wird jetzt in Baiern von „patriotischer“ Seite die Schuld an der wachsenden Zunahme des Sinnes für die deutschen Angelegenheiten angeblichen Mißethaten Einzelner beizumessen gesucht. Wie dort nationalliberale Correspondenten deutscher Blätter den beginnenden Umschwung in der Bevölkerung hervorgerufen haben sollten, so soll hier das Programm der Patrioten durch Abtrünnige lahm gelegt sein. Mit bezeichnender Naivetät werden Die, welche dies angeblich bewirkt, in dem genannten Blatte „Verräther und Ueberläufer“ genannt, welche „sich von Session zu Session ver-

mehrten“, sodasß leztthin das Schicksal aller Beschlüsse des Landtags in den Händen von Leuten gelegen habe, „welchen die allgemeine Verachtung entgegengetragen werden sollte“. Die Ueberläuferei sei innerhalb der patriotischen Partei „gradezu Mode“, die Clubverhältnisse „unerträglich geworden“, die „ehemals patriotische Fraction, auf welche das katholische Volk in Baiern dereinst mit so großem Stolze blicken zu dürfen glaubte, zu einem Sammelthurium von Leuten herabgesunken, welche von der Regierung verachtet würden und der eigenen Partei ein Gegenstand des Abscheus, des Ekels geworden sei“.

Zurückgeführt wird dies auf einen „Fehler“, der darin bestanden, daß man bei den Wahlen von 1869 das Hauptgewicht auf die äußere Frage gelegt und die Häupter der ehemals großdeutschen Partei einfach als Preußenfeinde gewählt habe. Ein bemerkenswerthes Geständniß! Unter den „Preußenfeinden“ von damals befinden sich eben Viele, denen das deutsche Vaterland schließlich doch über Alles geht.

Das Höchste, was in jenem clerikalen Blatte von den Neuwahlen erwartet wird, ist ein bloß numerischer Sieg der „Patrioten“, denen es aber auch fernerhin an der Einigkeit fehlen, wie dieselben auch nie ein einheitliches Ministerium zu Stande bringen würden. Werfe man die Abtrünnigen über Bord, so würde ihr Anhang Liberalen zum Siege verhelfen; wähle man sie wieder, so komme es zu einer „neuen Auflage der Misère der Fraction“. Die Gemäßigten seien in allen Ländern am Unglück schuld, in Baiern habe man die Krisis mit denselben noch durchzumachen; deshalb werde das Einzige, was Rettung bringen könne, eine geschlossene ultramontane Mehrheit, nicht zu erlangen sein.

Diese Schilderungen und Geständnisse sind sehr werthvoll. Sie enthalten unzweideutige Zeugnisse, daß die Währung der Gemüther in Baiern im besten Fortschritte begriffen ist und welche Bedeutung den heftigen Streitigkeiten innerhalb der Patriotenpartei beizumessen ist, von welchen jüngst verlautete und die man sich Mühe giebt zu verdecken.

Es darf als Thatsache betrachtet werden, daß der partikulare Geist in dem Lande, welches vermöge seiner Vergangenheit der deutschen Einigung am meisten widerstrebte, in Abnahme begriffen ist. Auf ein schnelles Fortschreiten derselben kann man freilich nicht rechnen, wenigstens solange nicht, als die liberale Partei sich zur nöthigen Thätigkeit nicht aufrafft. Es genügt aber, den Fortschritt zu constatiren, wie er sich in dem Schicksal der Patriotenpartei ausspricht, um an eine wachsende Annäherung Baierns an das Reich zu glauben, mit welcher dem Partikularismus auch in Sachsen der Boden entzogen und Fürst Bismarck's Politik aufs Neue ihre Rechtfertigung finden wird.

R. W.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hans Blum in Leipzig.
Verlag von F. E. Herbig in Leipzig. — Druck von Hüthel & Herrmann in Leipzig.